



Reinigungskräfte haben an Heiligabend oder Silvester frei

KREIS KLEVE (RP) Für die größte Handwerkssparte im Kreis Kleve ist es ein besonderer Advent: Zum ersten Mal werden die rund 1950 Reinigungskräfte im Kreis einen Weihnachtsbonus bekommen. Sie haben in diesem Jahr Heiligabend oder wahlweise den Silvestertag als bezahlten Arbeitstag frei. Das teilt die Gebäudereiniger-Gewerkschaft IG BAU Duisburg-Niederrhein mit.

„Ob Gebäude-, Glas- oder Industriereiniger – wer trotzdem arbeitet, erhält als Weihnachtspremie einen 150-prozentigen Lohnzuschlag. Übrigens: Das gilt auch für das nächste Jahr“, sagt IG BAU-Bezirksvorsitzende Karina Pfau. Der IG BAU sei es gelungen, diesen Weihnachtsbonus bei den Verhandlungen zum neuen Rahmentarifvertrag

für das Gebäudereiniger-Handwerk durchzusetzen. Noch gelte er nur für Reinigungskräfte, die in Innungsbetrieben arbeiten und in der Gewerkschaft sind. Die IG BAU erwartet aber, dass der Rahmentarifvertrag schon bald für allgemeinverbindlich erklärt wird und dann generell – also für alle Beschäftigten in der Branche – gilt.

Die nächste Lohnrunde steht vor der Tür – und im kommenden Jahr will die Gebäudereiniger-Gewerkschaft erstmals erreichen, dass die Beschäftigten in Zukunft auch ein Weihnachtsgeld bekommen“, so Pfau. Den neuen Rahmentarifvertrag und die Einigung über Verhandlungen für ein Weihnachtsgeld konnte die IG BAU nach mehr als 17 Monaten Warnstreiks durchbringen.



Halbjahres-Bilanz: Zoll deckt Schaden von 214 Millionen Euro durch Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung auf



Robert Feiger, Bundesvorsitzender IG BAU • Foto: IG BAU Alexander Paul Englert • hochgeladen von Theodor Groesdonk

Der Vorsitzende der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU), Robert Feiger, hat die bundesweite Einrichtung von speziellen Schwerpunkt-Staatsanwaltschaften gegen Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung gefordert. Die Strafverfolgung dieser kriminellen Machenschaften müsse schneller und effizienter werden.

Feiger verwies auf aktuelle Zahlen des Bundesfinanzministeriums, die der IG BAU vorliegen. Danach hat die Finanzkontrolle Schwarzarbeit (FKS) allein auf dem Bau im ersten Halbjahr bei bundesweit rund 6 900 Kontrollen eine Schadenssumme von nahezu 214 Millionen Euro aufgedeckt. Robert Feiger: „Das Ausmaß der hinterzogenen Steuern und vorenthaltenen Sozialabgaben zeigt, wie wichtig regelmäßige Kontrollen sind. Notwendig sind aber auch schnellere Verfahren und vor allem abschreckende Strafen für die ‚schwarzen Schafe‘ der Wirtschaft“.

Wer sich durch illegale Beschäftigung Vorteile verschaffe, gefährde den Wettbewerb. Hier sei ein entschlossenes Handeln notwendig. Robert Feiger: „Dazu gehört auch, Schwarzarbeit konsequent als Straftat zu ahnden. Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung sind keine Kavaliersdelikte.“



Baugewerkschaft fordert Zwangsverkauf von Immobilien

Wer sein Haus drei Jahre lang leer stehen lässt, soll es in Zukunft der Stadt veräußern

Von Tobias Kisting

Berlin. Nie wurde in Deutschland mehr mit Immobilien umgesetzt als derzeit. Während die Zahl der Immobilienkäufe im dritten Jahr in Folge zurückging, hat sich zugleich der Geldumsatz massiv erhöht: 2018 flossen bundesweit 269 Milliarden Euro in Immobilien, teilten die amtlichen Gutachterausschüsse im am Dienstag vorgestellten Immobilienmarktbericht mit. Das sind 31,5 Milliarden Euro mehr als noch im Jahr 2016. Damit einher geht ein doppelter Effekt. Zum einen wird Wohnen

insbesondere in den Metropolregionen immer teurer. Die Mieten steigen und auch die Bauplätze für Eigenheime werden teurer. Wer in München ein 500-Quadratmeter-Grundstück erwirbt, muss dafür eine Million Euro zahlen – damit ließe sich im thüringischen Landkreis Sonneberg, wo der Quadratmeterpreis 133-fach günstiger ist, ein mittelgroßes Dorf erwerben. Zum anderen kann die Wertsteigerung eine hohe Rendite für Spekulanten bedeuten.

Doch genau dagegen regt sich Widerstand. Die Industriegewerkschaft



Die IG BAU will gegen Spekulanten vorgehen. FOTO: SIMON / IMAGO IMAGES

Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) fordert nun sogar einen Zwangsverkauf von leer stehenden Immobilien. „Spekulation und brachliegendes Bauland können wir uns bei der der-

zeitigen Wohnungsnot nicht leisten“, sagte IG-BAU-Chef Robert Feiger unserer Redaktion.

Deutscher Städtetag wirbt für „Leerstandsverbote“

Die Baugewerkschaft möchte es Kommunen und Städten ermöglichen, eine seit mindestens drei Jahren leer stehende Immobilie kaufen zu können – und zwar nicht zum vorgeschlagenen Preis des Eigentümers, sondern zu einem von einem unabhängigen Gutachter vorgeschlagenen Angebot. Feigers Stellvertreter Dietmar Schäfers betonte, dass eine

solche Regelung „nichts mit Enteignungen zu tun“ habe, sondern im Sinne des Grundsatzes „Eigentum verpflichtet“ stehe. Kommunen und Städte müssten sich verpflichten, die erworbenen Immobilien langfristig zu behalten.

Der Deutsche Städtetag scheint dem Konzept nicht abgeneigt zu sein. Helmut Dedy, Hauptgeschäftsführer des Bündnisses, sagte unserer Redaktion, dass ein erleichtertes Vorkaufsrecht helfen könne, „die aktuelle Situation zu entschärfen“. Er regte an, dass „Leerstandsverbote für Wohnungen“ helfen könnten.

WAZ Mantel